

Presseecho

FAZ online, 06. September 2008

## Studienbedingungen Gebührenrepublik Deutschland

Von Nina Trentmann



„Verbesserung der Lehre“ – ein schwammiger Begriff

06. September 2008

Kabelloses Internet in den Instituten, 20.000 neue Bücher für die Unibibliothek, längere Öffnungszeiten im Juridicum. Ein neues Anmeldesystem für Prüfungen und Kurse, zusätzliche Tutorien und mehr Griechisch- und Lateinkurse für Theologiestudenten. Es passiert viel an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, seitdem

in Nordrhein-Westfalen Studiengebühren erhoben werden. 20 Millionen Euro haben sie im vergangenen Jahr in die Kassen der Hochschule gespült, deren Gesamtetat bei 340 Millionen Euro liegt.

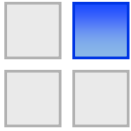
Laut Gesetz sollen die Gebühren der „Verbesserung der Lehre“ dienen – ein schwammiger Begriff. Was verbessert die Studienbedingungen wirklich? Und was nicht? An dieser Frage entzündet sich viel Ärger an den vielen Hochschulen, die inzwischen Gebühren verlangen. Die Studentenvertretung der Universität Stuttgart etwa hält einen aus Gebühren finanzierten Drei-D-Drucker für absolut überflüssig. Und die per Zufall ausgewählten 6100 Studenten von 54 verschiedenen Hochschulen, die von der Uni Hohenheim zu ihrer Zufriedenheit mit der Verwendung der Gebühren befragt wurden, gaben im Schnitt die Note 4,55. Mangelhaft.

### Es mangelt an Transparenz

„Das Problem für die Studenten ist ganz klar die Transparenz“, sagt Markus Voeth, der die Umfrage geleitet hat. Noch vor einem Jahr lag die Durchschnittsnote im „Gebührenkompass“ bei 3,3. Offenbar haben die Hochschulen seither vergessen, ihre Studenten genügend zu informieren, vermutet Voeth. Was aus dem Grundhaushalt und was aus Studienbeiträgen bezahlt werde, sei schwer zu unterscheiden.



Ein positives Gegenbeispiel liefert die Hochschule Offenburg: Dort tragen Neuanschaffungen einen Aufkleber „Finanziert aus Studiengebühren“. Welcher Zweck aber die Mittel heiligt, ist eine andere Frage. „Es gibt sehr viele Graubereiche, in denen sich darüber streiten lässt“, sagt Bettina Jorzik vom Deutschen Stifterverband. Sie hat zusammen mit dem Deutschen Studentenwerk die Verwendung der Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen überprüft, zu Beanstandungen hat das kaum geführt. „Wir können den Hochschulen einen verantwortungsvollen Umgang mit den Studienbeiträgen bescheinigen“, sagt Jorzik. Studentenvertreter allerdings kritisieren die im Auftrag der Landesregierung angefertigte Studie als nicht aussagekräftig genug.



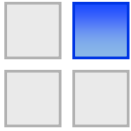
„Das Problem sind die Grenzfälle, von denen es leider viele gibt“, sagt Andreas Hoffjan, Professor am Lehrstuhl für Unternehmensverwaltung und Controlling an der TU Dortmund. Er hat die Verwendung der Gebühren an zehn Hochschulen untersucht und dabei unter anderem auf die Bürokratie, die Mitwirkung von Professoren und Studenten und den Verteilungsprozess geachtet. Besonders gut schneiden bei ihm die TU München, die Uni Mannheim sowie die FHs Osnabrück, Offenburg und Deggendorf ab. „Die Verausgabung der Studienbeiträge ist vielfach noch nicht ausgereift“, schränkt Hoffjan aber ein. So könne man die neuen Broschüren, die an der RWTH Aachen aus Gebühren finanziert wurden,

durchaus kontrovers diskutieren. „Irgendwie kann man jedes Projekt rechtfertigen“, sagt Hoffjan dazu. „Aber für die Studenten, die schon eingeschrieben sind, ist der Nutzen nicht zu erkennen.“ Mit den hübschen Faltblättern wolle die RWTH schließlich in erster Linie neue Studenten anziehen. Hoffjan moniert außerdem, dass viele Hochschulen unter dem Schlagwort „Ausbau der Beratung“ ihren Verwaltungsapparat vergrößern; auch Baumaßnahmen, die mit Hilfe der Gebühren in Angriff genommen werden, kritisiert er.

#### **Studienalltag verbessert - ist das allein das Kriterium?**

Darin ist er sich mit dem AstA der Universität Köln einig. Am Albertus-Magnus-Platz entsteht ein neues Lehrgebäude, drei Stockwerke mit Seminarräumen und Arbeitsecken. Zudem hat die Hochschule zwei Gebäude in der Innenstadt angemietet, sie sollen den Raummangel lindern. 30 Millionen Euro sollen innerhalb von drei Jahren für solche langfristigen Maßnahmen ausgegeben werden, daneben baut die Uni eine Kindertagesstätte und kauft 2000 Miet-Laptops für ihre Studenten. Den Studienalltag verbessert all das zwar, aber darf das allein das Kriterium sein? „Gebäude gehören ganz klar zur Infrastruktur, die das Land zur Verfügung stellen muss“, sagt Johannes Ludwig, der Bildungsreferent im Kölner AstA. „Wenn hier Studiengebühren verwendet werden, wird das Land in Zukunft noch weniger Geld in die Hochschulen stecken“, warnt er.

Die Problematik kennt auch Holger Burckhart, der Prorektor für Lehre an der Uni Köln. Gleichzeitig weiß er aber nicht, wohin mit seinen Studenten. „Die Universität zu Köln ist für 27 000 Studenten ausgelegt, wir haben aber 43 000. Wir haben schlicht nicht genug Räume“, sagt er. Ähnlich sieht es im knapp 25 Kilometer entfernten Bonn aus. Auf dem Venusberg wird für die Mediziner gerade ein neues Hörsaalgebäude aus Studienbeiträgen errichtet, Kostenpunkt: 4,7 Millionen Euro. Weil laut Gesetz jährlich nur zehn Prozent der Einnahmen aus Gebühren für Baumaßnahmen aufgewendet werden dürfen, wurde in Bonn eine komplizierte Konstruktion ausgearbeitet: Offizieller Bauherr ist das Uniklinikum, das die Summe vorschießt. Zehn Jahre lang wird die Medizinische Fakultät danach das Geliehene in Raten zurückzahlen.



### Eigentlich Aufgabe des Landes

„Das neue Gebäude wird die Situation in jedem Fall verbessern“, sagt Medizinstudentin Julia Clasen. Die Seminarräume auf dem Venusberg seien extrem heruntergekommen. Doch um die Brisanz der Finanzierung weiß auch die Hochschulleitung. „Das ist eigentlich Aufgabe des Landes“, räumt Andreas Archut ein, der Sprecher der Universität. Doch wann der reguläre Haushalt einen Neubau zugelassen hätte, steht in den Sternen. Vielleicht in fünf, vielleicht auch erst in fünfzehn Jahren. „Darauf wollte die Fakultät nicht warten und die Studenten auch nicht“, sagt Archut. Als falsches Signal an die Landesregierung kritisiert jedoch der Bonner AstA die Baumaßnahme. „Wir können die Mediziner verstehen. Langfristig führt der Neubau aber dazu, dass das Land sich zurücklehnt“, sagt dessen Vorsitzender Christoph Paesen.

Dennoch ist der Fehler nicht nur bei den Hochschulleitungen zu suchen. Siamac Rahnavard etwa, ein 29 Jahre alter Wirtschaftsstudent aus Bonn, ärgert sich über das mangelnde Engagement seiner Kommilitonen. „Wenn es um ernsthafte Vorschläge geht, dann kommt gar nichts. Der Großteil der Studenten kümmert sich nur um sich selbst und schreit erst dann auf, wenn die Entscheidungen gefallen sind“, sagt der Fachschaftsvertreter, der auch Mitglied des Bonner Studentenparlaments ist. Ingrid Lotz-Ahrens, die Prorektorin der Universität Duisburg-Essen, sieht das ähnlich. In den Gremien, die sowohl auf Rektorats- als auch auf Fakultäts- und Institutsebene aus Studenten und Dozenten zusammengesetzt sind und über die Verwendung der Studiengebühren befinden, seien die Studenten zwar aktiv. „Aber diese Gruppe ist sehr klein. Der Großteil der Studenten verlässt sich darauf, dass ihre Vertreter das schon regeln.“

### Luxusprobleme?

Für die Hochschulen, die keine Studiengebühren erheben, sind das Luxusprobleme. Sie sehen sich einem Ansturm der Bewerber gegenüber. Aus Hessen etwa, wo die Studiengebühren nach nur zwei Semestern jetzt wieder abgeschafft worden sind, wird ein Anstieg der Bewerberzahlen um bis zu 30 Prozent gemeldet. In Berlin, dessen rot-roter Senat von Gebühren nichts hält, stieg die Zahl der Neuanfänger schon 2007 um 10 Prozent. Und am Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Düsseldorf, einer gebührenfreien Insel in Nordrhein-Westfalen, hat sich die Zahl der Anwärter verdoppelt, schätzt Prorektor Rainer Jurowsky. „Auf 90 Plätze im Bachelor Business Administration kommen 900 Bewerber. Darüber sind wir nicht glücklich.“

Auf Dauer, fürchtet Jurowsky, werden sich Professoren von einer der Hochschulen abwerben lassen, die mit Studiengebühren neue Stellen schaffen und so die Betreuungsrelation verbessern. Auch deshalb sorgt er sich um den guten Ruf seiner Hochschule. „Ich sehe die Gefahr“, sagt er, „dass die Gebührenfreiheit zum maßgeblichen Kriterium für unsere Bewerber wird.“

#### 6 von 16 Ländern erheben allgemeine Studiengebühren

- Baden-Württemberg: 500 Euro seit dem Sommersemester 2007
- Bayern: Zwischen 100 und 500 Euro seit dem Sommersemester 2007
- Hessen: 500 Euro im Wintersemester 2007/2008 und im Sommersemester 2008, jetzt wieder abgeschafft
- Hamburg: Ab dem kommenden
- Wintersemester 375 Euro, zu zahlen nach dem Studium ab einem Jahreseinkommen von 30 000 Euro
- Nordrhein-Westfalen: Je nach Hochschule zwischen 0 und 500 Euro seit dem Sommersemester 2007
- Niedersachsen: 500 Euro seit dem Sommersemester 2007
- Saarland: Seit dem Wintersemester 2007/2008 für das erste und zweite Semester je 300 Euro, danach 500 Euro

**Gebührenfrei** - von Verwaltungsgebühren abgesehen - ist das Erststudium während der Regelstudienzeit in Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. (Izt)